

EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN UND LESER, die ersten Monate der Rot-Grünen Mehrheit im Niedersächsischen Landtag und mit einer Rot-Grünen Landesregierung haben einen spürbaren Politik- und Paradigmenwechsel gebracht. Für die SPD-Fraktion stand die Arbeit dieser ersten 100 Tage stets unter der Maxime: Wir wollen unsere Wahlversprechen einlösen, denn wir nehmen den Wählerwillen ernst; und das ist in vielerlei Hinsicht gelungen.

Um nur einige Beispiele zu nennen: Im Juni-Plenum haben wir die Stichwahl auf kommunaler Ebene wieder eingeführt, um die direkte Demokratie durch die Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Wichtig für die Zukunft der Bildung ist die Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes, die wir gegen großen Widerstand der Opposition durchgesetzt haben. Gesamtschulen werden einfacher zu gründen sein, das Turbo-Abitur an Gesamtschulen wird es nicht geben. Damit stützen wir einen breiten Bildungskonsens im Land.

Wie stark die Gemeinschaft in Niedersachsen ist, hat die beeindruckende Hilfe in den Hochwasser-Krisenregionen gezeigt. Das Kabinett hat 20 Millionen Euro Soforthilfe für die Flutopfer beschlossen.

In diesen ersten Monaten der Regierung und der neuen Mehrheit im Landtag ist eindrucksvoll bewiesen worden, wie ernst wir den Auftrag der Wähler nehmen, die uns das Vertrauen bei der Landtagswahl geschenkt haben. Wir haben die Regierungsarbeit sofort aufgenommen und arbeiten die Aufträge aus dem Koalitionsvertrag jetzt Stück für Stück ab.

Johanne Modder

Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

FLUTOPFER: SOFORTHILFE DES LANDES KOMMT

Rot-Grüne Mehrheit sorgt mit Millionen-Fonds für Hilfe in den Hochwasser-Krisenregionen

Das Land Niedersachsen stellt 20 Millionen Euro Soforthilfe für die Betroffenen in den niedersächsischen Hochwasserkrisengebieten bereit. Weitere 20 Millionen Euro gibt der Bund dazu. Die Soforthilfe hatte das Kabinett in Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion spontan nach den Eindrücken in den Hochwasser-Krisenregionen Niedersachsens an Elbe, Innerste, Oker und Aller beschlossen. SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder sagt: »Mit diesen Sofortmaßnahmen haben wir deutlich gezeigt, dass sich die betroffenen Menschen auf die neue Niedersächsische Landesregierung verlassen können.«

In der letzten Plenarwoche vor der Sommerpause hat die Landesregierung den entsprechenden Entwurf eines Nachtragshaushaltes beschlossen. Weitere 10,5 Millionen Euro werden für Erstattungen nach dem Katastrophenschutzgesetz bereitgestellt. Die Landesregierung will schnell und unbürokratisch helfen und hat daher den Ausschuss für Haushalt und Finanzen um eine Vorwegfreigabe der Mittel gebeten. Die Landesregierung beteiligt sich außerdem an einem nationalen Fonds, der ein Volumen von bis zu acht Milliarden Euro umfassen soll.

Schnell und unbürokratisch, aber auch vorbeugend und langfristig, ist die Politik beim Hochwasserschutz, für die die Landesregierung steht. Deshalb hat Ministerpräsident Stephan Weil die Durchführung eines neuen Sonderrahmenplans des Bundes und der Länder vorgeschlagen, um Maßnahmen des Hochwasserschutzes finanziell abzusichern.

»An den Küsten ist dieses Instrument bereits erfolgreich, daher könnte es auch im Binnenland eine finanzielle Grundlage für die Hochwasservorsorge schaffen. Im Kern geht es darum, mit einer richtigen Mischung an Maßnahmen die Menschen, die am Wasser leben, und dort große Teile ihres Lebens verbracht und dort ihre Lebensgrundlagen haben, vor den Gefahren des Hochwassers zu schützen«, sagt Johanne Modder.



Jens Böther, Bürgermeister von Bleckede, Ministerpräsident Stephan Weil, Manfred Nahrstedt, Landrat des Landkreises Lüneburg, und die örtliche Abgeordnete Andrea Schröder-Ehlers Mdl., besuchen die Hochwasser-Krisengebiete, hier die Sandsack-Füllstelle in Bleckede-Alt Garge.

Foto: SPD-Fraktion

Ministerpräsident Stephan Weil dankte in seiner Regierungserklärung den zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die in den Krisengebieten großen Einsatz gezeigt haben: »Wir alle können uns nur ganz, ganz herzlich bedanken für das Engagement, die Solidarität, die Professionalität und den Gemeinschaftsgeist, der an der Elbe und in den anderen vom Hochwasser betroffenen Orten in den letzten Tagen zum Ausdruck gekommen ist.« Allein in den Landkreisen Lüneburg und Lüchow-Dannenberg waren rund 10 000 Hilfskräfte im Einsatz. Ihnen allen sei es zu verdanken, dass Niedersachsen »mit einem blauen Auge davongekommen« sei, so Stephan Weil in seiner Rede. Er hatte sich während der bedrohlichen Tage des Elbhochwassers ein Bild von der Situation gemacht, als er im Juni die Stadt Hitzacker im Kreis Lüchow-Dannenberg besuchte. Mit dabei auf den gefährdeten Deichen war auch die SPD-Landtagsabgeordnete Andrea Schröder-Ehlers (Wahlkreis Lüneburg): »Es war beeindruckend, wie viele Menschen hier spontan geholfen haben und somit ihren Anteil daran haben, dass eine Katastrophe verhindert werden konnte.« ■

MEHR DEMOKRATIE: DIE STICHWahl KOMMT ZURÜCK



Für die nächsten Oberbürgermeister-, Bürgermeister und Landratswahlen wird die Stichwahl wieder eingeführt.

Foto: shutterstock

Im Juniplenum hat die Landtagsmehrheit aus SPD und Grünen die Stichwahl für die Wahlen der Bürgermeister, Landräte in den Städten, Kreisen und Gemeinden sowie des Präsidenten der Region Hannover wieder eingeführt.

»Die von schwarz-gelb 2010 geschaffene Regelung, wonach bei der Wahl von Oberbürgermeistern und Landräten bereits die einfache Mehrheit im

ersten Wahlgang entscheidend war, hat sich nicht bewährt. Diese Regelung hatte zur Folge, dass sich gewählte Hauptverwaltungsbeamte oftmals nur auf das Votum einer Minderheit der Wähler stützen konnten«, erläutert der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Ulrich Watermann.

Nun hat wieder jede politische Partei im Vorfeld einer jeden Wahl von

kommunalen Hauptverwaltungsbeamten gleiche Chancen, die Kräfte ihrer eigenen Kandidaten zu messen. Für die SPD-Fraktion zieht Jürgen Krogmann ein deutliches Fazit zur Gesetzesnovelle: »Mit der Wiedereinführung der Stichwahl schaffen wir klare Verhältnisse in unseren Rathäusern und Kreishäusern. Ein erster Schritt zur Stärkung der Demokratie in unseren Kommunen ist damit getan. Weitere werden folgen. Erfreulicherweise hat auch die FDP-Fraktion dem Gesetz zugestimmt.«

Turbulent ging es nach der Plenardebatte zu, denn es stand auch die Abstimmung über einen Änderungsantrag an. Die CDU-Fraktion wollte das Gesetz nicht bereits zum 22. September 2013, dem Tag der Bundestagswahl, an dem aus Kostengründen die Städte ebenfalls wählen lassen möchten, in Kraft treten lassen, sondern erst zum 1. Januar 2014. Sie wollte sich damit offenbar einen Vorteil bei den anstehenden Oberbürgermeisterwahlen in Hannover und Osnabrück verschaffen. Das Landtagspräsidium konnte keine klaren Mehrheiten erkennen und ordnete den ersten Hammelsprung seit 1991 an. Ein seltener Augenblick in der parlamentarischen Kultur Niedersachsens. Der Änderungsantrag wurde übrigens abgelehnt. ■

DUNKLE SEITE DER VERGANGENHEIT VON HINRICH WILHELM KOPF WIRD ERHELLT

Die SPD-Landtagsfraktion will eine breite und sachliche Diskussion zur Vergangenheit des ersten Niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961). Seit die Politologin Dr. Teresa Nentwig Anfang Juni eine neue Biographie über das Leben des Sozialdemokraten Kopf veröffentlicht hat, wird über Kopfs Verstrickungen in das nationalsozialistische Unrechtsregime diskutiert.

SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder erklärte dazu: »Die SPD will eine öffentliche und breite Diskussion auch mit Experten zu diesem Thema, um dann absehen zu können, welche weiteren Konsequenzen daraus folgen müssen, weil wir mit dieser vorliegenden Arbeit der Politologin Dr. Teresa Nentwig jetzt neue Belege und wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse über die dunklen Seiten der Vergangenheit Kopfs haben.«

Hinrich Wilhelm Kopf, so haben die Recherchen der Autorin Dr. Teresa Nentwig ergeben, hat sich vor dem 2. Weltkrieg

als Teilhaber des Unternehmens »Kopf und Bohne« an der Arisierung, also der Entrechtung jüdischer Mitbürger in Deutschland, bereichert. Kopf und sein Kompanion Edmund Bohne verdienten nicht nur viel Geld mit Arisierungsverfahren, sondern auch mit der Enteignung von Polen und Juden im von deutschen Truppen seit 1939 besetzten Polen. Zunächst, so Nentwig, agierte die Firma dort als Auftragnehmer der Haupttreuhandstelle Ost (HTO), später wurde Kopf selbst als Angestellter der HTO tätig. Besonders erschreckend bei den Erkenntnissen, die Dr. Teresa Nentwig recherchiert hat, sei, dass Kopf während dieser Zeit die Grabsteine eines jüdischen Friedhofs als Baumaterial im Auftrag der Nationalsozialisten verkaufte.

Nach dem Krieg wurde Kopfs düstere Vergangenheit 1948 auch in den Medien der damals von den Briten besetzten Länder Niedersachsens thematisiert. Sogar das damals in Hannover gegründete Nachrichtenmagazin »Der Spiegel«

berichtete. Dass der Ministerpräsident auf einer internationalen Kriegsverbrecherliste stand, dass in Polen ein Prozess in Abwesenheit gegen ihn geführt wurde, wurde in der niedersächsischen Öffentlichkeit dagegen kaum bekannt. Die britische Besatzungsmacht habe ihn offenbar im Amt lassen und schützen wollen, spekuliert Dr. Teresa Nentwig. So konnte Kopf wider besseren Wissens im Niedersächsischen Landtag erklären, er sei niemals Treuhänder in Polen gewesen. Der »Fall Kopf« wurde als kommunistische Diffamierungskampagne abgetan.

Die SPD-Landtagsfraktion hat die Autorin der Biographie nach der parlamentarischen Sommerpause in die Fraktion eingeladen. Die Fraktion der SPD hat außerdem den Antrag gestellt, dass der Ältestenrat des Landtags die Historische Kommission Niedersachsen/Bremen damit beauftragen möge, das Wirken Kopfs neu zu bewerten. ■

(Siehe auch Artikel Seite III im Vorwärts)

Impressum

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Verantwortlich:

Lars Wegener, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen

Mitarbeiter an dieser Ausgabe:

Sophie Bergmann, Frank Jungbluth, Nelly Schmitt, Clemens Wirries.

Bildnachweis: SPD-Fraktion, Frank Jungbluth, Ralf Roletschek, Shutterstock

Redaktionsschluss: 27. Juni 2013

Redaktion: Frank Jungbluth, frank.jungbluth@lt.niedersachsen.de

Anschrift:

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

www.spd-fraktion-niedersachsen.de

Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

NEUES SCHULGESETZ BESCHLOSSEN

Rot-Grün löst ein weiteres Wahlversprechen ein: Nur knapp mehr als 100 Tage nach dem Regierungswechsel hat der Landtag mit der Mehrheit der Abgeordneten von SPD und die Grünen während des Juniplenums die Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes beschlossen. Was heißt das? Erstens: Das sogenannte Turbo-Abitur schon nach acht Jahren wird zumindest an den Gesamtschulen nicht eingeführt. Die abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung hatte das Turbo-Abitur an Gymnasien 2011 beschlossen.

Zweitens: Die Gründung von Gesamtschulen, von schwarz-gelb blockiert, wird nach dem Beschluss der neuen Landtagsmehrheit wieder vereinfacht.

Claus Peter Poppe, schulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, sagt dazu: »Die Schullandschaft in Niedersachsen wird nach dem Beschluss des

Landtages an Qualität und Vielfalt gewinnen. Mit unserer Entscheidung entsprechen wir dem Wunsch vieler Eltern und Schüler in Niedersachsen nach einem bedarfsgerechten Schulangebot und der Möglichkeit für viele junge Niedersachsen, das Abitur an einer Gesamtschule wieder in angemessener Zeit erwerben zu können.«

SPD-Landtagsabgeordneter Claus Peter Poppe betont: »Hier findet keine Revolution statt, sondern die längst überfällige Korrektur einer nur ideologisch begründeten Fehlsteuerung in der Schulpolitik der abgewählten Landesregierung und einer massiven Ungleichbehandlung der Schulformen.«

Für Kultusministerin Frauke Heiligenstadt ist der Beschluss die Bestätigung eines breiten Konsenses im Land für die Schulreform. ■



Die Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen werden von dem neuen Schulgesetz profitieren.

Foto: Shutterstock

NEBENEINKÜNFTE TRANSPARENT

Neues Abgeordnetengesetz und neue Geschäftsordnung mit Rot-Grüner Mehrheit verabschiedet

Die Rot-Grüne Mehrheit im Landtag hat das Wahlversprechen »mehr Demokratie zu wagen« während des Juni-Plenums eingehalten. Mit der Änderung des Abgeordnetengesetzes wird für mehr Transparenz gesorgt, die neue Geschäftsordnung des Landtages sieht vor, dass Ausschusssitzungen künftig grundsätzlich öffentlich sind. »Das ist ein großer Schritt für die Demokratie im Land«, ist Grant Hendrik Tonne, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, zufrieden.

Und das ändert sich im Einzelnen: Sitzungen von Ausschüssen sind künftig grundsätzlich öffentlich. Ausnahmen: Es geht um sensible Daten. Vorher waren die Sitzungen der regulären Ausschüsse grundsätzlich nicht öffentlich.

Dazu erklärt Grant Hendrik Tonne: »Die neue Rot-Grüne Mehrheit im Landtag bestätigt hiermit den neuen Politikstil und den Paradigmenwechsel, den wir vor der Wahl versprochen haben. Wir wagen mehr Demokratie und geben den Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen die Möglichkeit, einen Einblick in die politische Arbeit zu gewinnen, bevor der Landtag entscheidet.«

Helge Limburg, Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen, betont: »Die Neuregelung bringt uns auf Augenhöhe mit vielen anderen Landtagen, in denen die Ausschüsse seit langem öffentlichen tagen.«

Die neuen Transparenzregeln für Abgeordnete regeln die Informationspflicht der Parlamentarier: Die Mitglieder des Landtages haben dem Präsidium



Die Einkommen von Landtags-Abgeordneten werden transparent.

Foto: Ralf Roletschek

schriftlich mitzuteilen, welchen Beruf sie vor der Abgeordnetentätigkeit ausgeübt haben, und auch, welche Mitgliedschaften in Vorständen oder Aufsichtsräten bestehen, die bezahlt werden oder ehrenamtlich sind.

Dazu müssen auch alle vergüteten und ehrenamtlichen Funktionen in Berufsverbänden, Wirtschaftsvereinigungen oder sonstigen Interessensverbänden auf Landes- oder Bundesebene angezeigt werden. Das gilt auch für Honorarverträge. Diese Angaben jedes Abgeordneten sollen unter anderem auf der Internetseite des Landtages veröffentlicht werden.

Grant Hendrik Tonne: »Diese Transparenzregeln sind bereits seit Längerem für Bundestagsabgeordnete üblich. Für die

SPD-Fraktion ist es ein selbstverständliches Gebot der Offenheit den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, dass Einkünfte von gewählten Volksvertretern öffentlich sind.«

Landtagsabgeordnete sollen künftig – wie Arbeitnehmer auch – erst mit der Vollendung des 67. Lebensjahres in Rente gehen können. Die Diäten, also die Grundentschädigung für Landtagsabgeordnete, steigen zum 1. Juli 2013 von heute 6.108 auf 6.260, 70 Euro. »Diese Grundentschädigung wird am 1. Juli eines Jahres an die Einkommensentwicklung in Niedersachsen angepasst. Der Landtag wird dennoch hier nicht in einen Automatismus verfallen, sondern die geplante Erhöhung immer wieder überprüfen,« sagt Tonne. ■

FRAKTION IN AKTION

Zu den Aufgaben der Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion gehören das Zuhören und die Kontaktpflege. Nur wer das Gespräch sucht, sein Ohr buchstäblich am Puls der Zeit hat, kann eine Politik verfolgen, die den Bedürfnissen der Menschen und den Erfordernissen der modernen Zeit gerecht wird. Auf dieser Seite möchten wir ein paar Aktionen der SPD-Fraktion der vergangenen Wochen dokumentieren. ■



SPD-Fraktionschefin Johanne Modder gibt das Startzeichen. Fotos (3): Jungbluth



Das Team der SPD-Landtagsfraktion präsentiert die Urkunde.

BEIM 14. NIEDERSÄCHSISCHEN BEHÖRDENMARATHON rund um den Maschsee hat die SPD-Fraktion erneut mit ihrem SPeeD-Team teilgenommen. Diesmal liefen fünf sportliche Abgeordnete mit: Grant Hendrik Tonne, Karl-Heinz Hausmann, Mustafa Erkan, Karsten Becker, Frank Henning, und Max Schmidt. Bei strahlendem Sonnenschein und bester Stimmung gingen mehr als 200 Mannschaften ins Rennen, nachdem die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Johanne Modder, das Startzeichen gegeben hatte. Gewonnen hat den 14. Behördenmarathon das Team »Venator Lea« der Polizeiakademie Niedersachsen. Die SPeeD-Läufer errangen mit Platz 166 einen achtbaren Platz und gehen nun gestärkt in die Vorbereitungen für den Marathon im kommenden Jahr. Fraktionsmitglied Karsten Becker gab die Richtung vor: »Wir wollen dann mit sattem Zeitvorsprung das Rennen machen.« Innenminister Boris Pistorius und Landtagsvizepräsident Klaus-Peter Bachmann ehrten die erfolgreichen Staffeln am Abend bei der Siegerehrung im Haus der Region. ■

»1000 KILOMETER GEGEN RECHTS« – so heißt die Aktion, mit der sich die Jugendfeuerwehren im Landkreis Stade an der landesweiten Aktion »Löschangriff gegen Rechts« des niedersächsischen Landesfeuerwehrverbandes beteiligen. Seit dem 2. Juni sind die



Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren in ganz Niedersachsen unterwegs und setzen ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit. Während eines Zwischenstopps vor dem Landtag haben sie sich mit der SPD-Landtagsabgeordneten aus dem Wahlkreis Stade, Petra Tiemann (rechts im Bild), sowie dem niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius (zweiter v. rechts) getroffen, der die Schirmherrschaft über die Aktion gegen Rechts übernommen hat. ■



DIE ARBEITSKREISE FÜR INNENPOLITIK der rot-grünen Regierungsfraktionen sind im Mai zu einer gemeinsamen Klausur in Hameln zusammengekommen. Ganz oben auf der Tagesordnung stand die Handlungsfähigkeit der

Kommunen und die Zukunft der niedersächsischen Polizei. Auch Innenminister Boris Pistorius, Heiger Scholz, Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages, und der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Dietmar Schilff standen dabei im Dialog mit den Parlamentariern.

Das Foto zeigt: Filiz Polat, Bernd Lynack, Petra Tiemann, Michael Höntsch, Innenminister Boris Pistorius, Ulrich Watermann, Meta Janssen-Kucz, Dietmar Schilff und Professor Dr. Bernd Rudolf, 1. Stadtrat Nienburg Weser (v. l. vorn), in der hinteren Reihe Jürgen Krogmann, Belit Onay, Klaus-Peter Bachmann, Karl-Heinz Hausmann, Heiger Scholz und Karsten Becker. ■



DER ARBEITSKREIS WIRTSCHAFT, ARBEIT UND VERKEHR der SPD-Landtagsfraktion ist im Mai zu einer Klausur auf Norderney zusammengekommen. (Foto: Die Abgeordneten Ronald Schminke, Sabine Tippelt, dahinter Holger Heymann, Dr. Gabriele Andretta, Mustafa Erkan, dahinter Holger Ansmann, Gerd Will, Stefan Klein, sowie dahinter Simon Hartmann (parl. Referent) und Roland Irek vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

Gemeinsam mit der Staatssekretärin im niedersächsischen Wirtschaftsministerium Daniela Behrens beriet der Arbeitskreis ein neues Konzept für Tourismuspolitik in Niedersachsen. Kompetente Referenten wie der Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Industrie- und Handelskammertages (NIHK) Dr. Torsten Slink stellten dazu Konzepte vor. Weitere Gespräche mit örtlichen Akteuren standen auf dem Programm, um die besonderen Probleme der Ostfriesischen Inseln, z.B. in der Krankenhausversorgung, zu diskutieren. ■

PERSÖNLICHES

FRANK JUNGBLUTH NEUER PRESSESPRECHER



Frank Jungbluth (45) ist seit dem 1. Juni neuer Pressesprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag. Der Journalist hat nach seinem Studium an der Ruhr-Universität in Bochum viele Jahre bei verschiedenen Tageszeitungen, zuletzt bis 2012 als Chef vom Dienst der Nordwestzeitung in Oldenburg gearbeitet. Zuvor war er unter anderem Redaktionsleiter bei den Wolfsburger Nachrichten. Frank Jungbluth arbeitete darüber hinaus für die TV-Moderatorin Sabine Christiansen als Referent und Sprecher und hat überdies eine langjährige Erfahrung in der Öffentlichkeitsarbeit und der politischen Kommunikation.

Johanne Modder, Vorsitzende der SPD-Fraktion: »Wir freuen uns, mit Frank Jungbluth einen erfahrenen Journalisten und Kommunikationsfachmann für die Position des Pressesprechers unserer Fraktion gewonnen zu haben.« Frank Jungbluth folgt auf Olaf Reichert, der seit dem 1. April stellvertretender Regierungssprecher ist.

VERSTÄRKUNG IN DER PRESSESTELLE



Nelly Schmitt (27) verstärkt seit dem 17. Juni die Pressestelle der SPD-Landtagsfraktion und wird ab dem 2. Juli Nachfolgerin von Sophie Bergmann, die nach 25 Jahren in den verdienten Ruhestand geht.

Nelly Schmitt hat Kulturwissenschaften studiert. Zudem verfügt sie über Erfahrungen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, so z. B. als freie Mitarbeiterin einer Tageszeitung.